



**Mein Standpunkt** Beat Kappeler

## Nicht der Staat schafft mit seinen Vorgaben Arbeitsplätze, sondern die Unternehmen

**B**ringt oder vernichtet die heutige Energievorlage Arbeitsplätze? Und wie sieht es aus mit der abgelehnten Unternehmenssteuer oder US-Präsident Donald Trumps Ideen? Es wäre diesen Morgen etwas spät, die Energievorlage diesbezüglich durchzurechnen, oder gar nochmals das Steuerprojekt. Mit Trump rechnet man schon lieber gar nicht. Doch Wähler wie Politiker sollten sich auf die Dreh- und Angelpunkte solcher Entscheide konzentrieren und daraus lernen.

Zuerst muss klar sein, wer über Arbeitsplätze entscheidet. Es ist nicht der Staat, weder mit Energiediktaten noch mit feierlichen Zusagen, die er Unternehmern abtrotzt. Denn es sind die Unternehmen in Funktion ihrer Pläne, Kostenrechnungen und der internationalen Vergleiche, die Arbeitsplätze schaffen oder abziehen. An einer hochrangigen Runde der Autofirmen mit Präsident Trump versprach Ford, 700 Arbeitsplätze zu belassen, diese Woche aber kündigte die Firma 10 000 Entlassungen in Nordamerika an. Frankreichs vormaliger Präsident François Hollande zwang eine lothringische Stahlfirma zum Weitermachen, doch sie schloss kurz danach. Ebenso wird dies bald wohl Alitalia gehen, trotz 7,4 Mrd. € verbrannter Subventionen.

Wer immer jetzt an einer neuen Unternehmensbesteuerung in der Schweiz bastelt, muss daher das Auge auf die Reaktion der Unternehmensführung selbst richten. Demagogische Zusätze, im Hinblick auf eine allenfalls durch Linke und CVP aufgeheizte Volksseele, sind falsch. Die bereits erwogenen neuen 50 Fr. Kinderzulage, zusätzlich zu

den bereits vorgeschriebenen 200 Fr. im Monat, gehören nicht ins Paket und würden die Firmen mit über einer halben Milliarde belasten. Denn die Kinderzulage ist die einzige Sozialleistung, die für Politik und Wähler gratis ist – die Firmen tragen sie allein, nicht hälftig wie AHV oder Pensionskasse. Eine halbe Milliarde mehr Produktionskosten, ja oder nein, das ist die einzig zulässige Frage.

Zweitens muss man auf den Zeitverlauf achten. Manche Massnahmen wirken sofort, andere erst nach Jahren und erst noch sehr indirekt. Den verrücktesten Sofortschaden veranstaltete Bundesrat Georges-André Chevallaz, der am letzten Amtstag als Finanzminister Ende 1979 den blühenden Goldhandel der Warenumsatzsteuer von 6,8% unterwarf. Am Montag drauf war die Schweiz kein internationales Goldhandelszentrum mehr, sondern London. Und das blieb so.

Die erwogenen 50 Fr. an zusätzlicher Kinderzulage oder die vorgeschlagenen 70 Fr. mehr AHV für künftige Jahrgänge der «Altersvorsorge 2020» wirken als Bestechung der Wähler sofort, die Kosten aber verzerren über Jahre die Budgets der Firmen und des Bundes. Ein klar erkennbar falscher Entscheid, auch erst im langen Zeitverlauf, war der Numerus clausus vor 25 Jahren, der die Studienplätze für Medizin beschränkte, um ein bisschen zu sparen. Seither fehlen derart viele Ärzte, dass nur die hohe Zuwanderung es mildern konnte. Heute drücken alle paar Monate die «flankierenden Massnahmen» noch mehr Kontrollen, noch höhere Löhne für Unqualifizierte durch, so dass der Standort Schweiz ernsthaft leiden



Grosse volkswirtschaftliche Entscheide können nach Jahren kaum mehr auf Arbeitsplätze umgerechnet werden.

wird – die verantwortlichen Gewerkschafter, Gewerbler und das Staatssekretariat für Wirtschaft sollten namentlich für die nun auf Jahre wirkende Kostenaufgabe ausgestellt werden. Sie holen verspätet die Arbeitsplatzvernichtung Südeuropas nach. Mit diesen Beispielen gerät eine dritte Wirkung solcher Massnahmen auf die Arbeitsplätze in den Blick: Sie summieren und multiplizieren sich unablässig.

Sofort und langfristig zugleich wirken schliesslich Zulassungshürden für Berufe und Geschäftszweige. Nicht nur bei den Ärzten, sondern bei Gentechnik, bei Schikaren gegen Uber, gegen den E-Commerce mit Zollkosten und Rücktrittsrecht, bei der Ausspernung grosser oder als Firma organisierter Landwirte von Direktzahlungen. Überall werden Strukturen zementiert. Ebenso, wenn die freie Wahl der Kassen für Ärzte und Spitäler unterbleibt, die freie Schulwahl, die freie Wahl der Pensionskasse. Die Rechnung kommt später in Form fehlender Innovationen und Arbeitsplätze.

Zum Schluss ein Trost: Die grossen volkswirtschaftlichen Entscheide, auch durch Volksabstimmungen, können nach Jahren kaum mehr auf Arbeitsplätze umgerechnet werden, etwa der abgelehnte Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum im Jahr 1992. Es kommt dabei auf zahlreiche Folgeentscheide an, aber dafür gilt dann der Raster im Dreitakt: auf die Reaktion der Firmen achten, auf den Zeitverlauf und auf die Kumulation der Eingriffe. Damit werden die Entscheide für die Firmen klar voraussehbar. Denn wenn man in all dem sorgsam umgeht, bleiben Firmen, Arbeitende, Behörden flexibel genug, um Neues zu schaffen.